

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2.80 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Bestellgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Berlin, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 1013 und 1016. — Anzeigenpreis: Die 24 mm breite Zeile kostet 60 Pf., die 32 mm breite 75 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 1.— M. Ausland 2.— bezw. 6.— M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 408

Mittwoch, 1. September 1920.

74. Jahrgang

Der Massenmord von Josefthal.

Aus Kattowitz wird vom 30. Aug. gemeldet: Den Nachforschungen der deutschen Behörden ist es gelungen, in dem Dörfchen Josefthal, das unweit Deutsch-Bielar, hart an der polnischen Grenze liegt, einen von den Polen an deutschen Arbeitern verübten Massenmord zu entdecken. Nachdem bereits am Samstag fünf Leichen aufgefunden waren, wurden heute, in Gegenwart einer Kommission der Staatsanwaltschaft Beuthen, die Körper der übrigen fünf Ermordeten ausgegraben. Von der internationalen Kommission waren ein englischer Major und ein englischer Hauptmann zugegen, ferner eine kleine französische Truppenabteilung. Von den polnischen Bewohnern Josefthals geführt, betrat die Gesellschaft den kleinen Tannenwald, in dem sich die blutige Tragödie abgepielt hat. Etwa 100 Meter von der polnischen Grenze entfernt, ließ man mitten im Walde auf die angegebene Stelle. Mit mitgeführten Spaten grub man in dem sandigen Waldboden nach und stieß bereits in 50 Zentimeter Tiefe auf die verscharrten Leichen. Bald waren diese freigelegt und nun bot sich den Versammelten ein fürchterlicher Anblick. In dem engen Loch lagen die fünf ermordeten Männer, kreuz und quer durcheinandergeworfen, wie verscharrte Viehkadaver. Alle fünf waren nur mit Unterwäsche bekleidet. Selbst Stiefel und Strümpfe hatten die Mörder ihnen geraubt. Eine sofort vorgenommene Untersuchung der Leichen ergab, daß die Opfer sämtliche durch Revolverkugeln in den Kopf getötet waren, die eine grauenhafte Wirkung hervorgerufen hatten. Eine der Leichen wies außer einem Kopftreffer noch zwei weitere Schüsse durch Auge und Gehör an. Allen Ansichten nach haben die Mörder, obgleich sie aus nächster Nähe geschossen haben müssen, ihre Opfer noch durch absichtliches Schießen gequält. Die anwesenden englischen Offiziere zeigten sich von dem fürchterlichen Anblick aufs tiefste erschüttert und empört. Der Major äußerte zu einem dem Vorkasernen bewohnenden Korrespondenten, daß er eine solche schreckliche Untat nicht für möglich gehalten hätte. Die fünf Leichen wurden auf einen Wagen geladen und nach Beuthen geschafft, wo sie am Dienstag bestattet werden sollen. Ueber die Persönlichkeiten der Opfer und ihrer Mörder schwebt man noch fast völlig im Dunkeln.

Die zehn deutschen Arbeiter, die auf so schreckliche Art ums Leben gekommen sind, wurden bei Beginn des Polenaufstandes am Samstag, den 1. Aug., in ihrem Schlafsaal in Maczelskowitz bei Kattowitz, wo sie auf einer Grube arbeiteten, von bewaffneten Polenbanden überfallen und gefangen über die Grenze nach Polen geführt, wo sie erschossen werden sollten. Die polnischen Behörden behaupten jedoch, die Festgenommenen nach Deutschland zurückzuschaffen. Am Sonntag früh wurden zuerst fünf der Gefangenen von vier Polen, die mit Revolvern ausgerüstet waren, bei Josefthal über die Grenze transportiert, während der Rest jenseits der Grenze von Hallersoldaten bewacht wurde. In dem hart an der Grenze auf deutscher Seite gelegenen Walde wurden die Gefangenen dann aufgestellt und, wie Augenzeugen ausgaben, einzeln niedergeschossen, so daß die Unfallschritte der Reihe nach ansetzen mußten, wie ihre Mitgefangenen hingemordet wurden.

Die Einwohner erzählen, daß einer der Gefangenen, ein junger Mann von etwa 18 Jahren seine Hände auf den Knien und unter Tränen beschworen habe, ihm doch das Leben zu schenken. Aber mit zorniger Ruhe wurde auch er von den polnischen Mördern hingelächelt. Nachdem der erste Teil dieser blutigen Exekution vorüber war, begaben sich die vier Polen wieder an die Grenze und holten die übrigen fünf Gefangenen ab, die sie dann, etwa 50 Meter von der ersten Stelle in derselben Weise ermordeten. Die entmenschten Mörder ließen die Leichen im Walde liegen und begaben sich nach Josefthal, wo sie sich ihrer Tat der polnischen Bevölkerung gegenüber rühmten und diese aufborteten, sich von den Leichen alle brauchbaren Kleidungsstücke zu holen und die Körper dann zu verscharren. Dann zogen die Mörder nach dem Dorfgebäude, wo sie an einer dort stattfindenden Hochzeit teilnahmen, tranken und tanzten, um sich in der Nacht zu entfernen. Die Polen von Josefthal entkleideten die Ermordeten bis aufs Hemd und verscharrten sie dann an den Stellen, wo sie erschossen worden waren. Von den am Samstag aufgefundenen fünf Leichen konnte nur eine als die des Schlafsaalverwalters Loos aus Maczelskowitz erkannt werden. Die übrigen Opfer dürften zum größten Teil Rheinländer sein, die dort arbeiteten. Von den Mördern konnte bisher einer verhaftet werden. Die übrigen sind wahrscheinlich nach Polen geflüchtet. Die Kleidungsstücke der Getöteten und die in ihren Taschen befindlichen Legitimationspapiere sind von den Josefthaler Polen wahrscheinlich auf die Seite geschafft worden, so daß die Erkennung der Leichen auf große Schwierigkeiten stößt. Die Entdeckung der grauenhaften Tat hat natürlich die dortige deutsche Bevölkerung auf das äußerste erregt.

Wie nachträglich berichtet wird, ist eine weitere Leiche als die des Grubenarbeiters Frank aus Mörchingen erkannt worden. Es scheint, daß alle übrigen acht tatsächlich Rheinländer sind.

Hindenburg, 1. Sept. Landjäger, die sich auf einem Patrouillengang befanden, wurden vorgerufen nachmittags bei Groß-Pantow von einer Horde bewaffneter junger Burschen beschossen. Die Landjäger mußten flüchten; drei von ihnen wurden später erschossen aufgefunden. Der Kreisinspektor von Hindenburg ließ von dem Polizeifeldwebel in Groß-Pantow durch seinen Adjutanten die polnische Flagge herunterholen.

Frankreichs Sühneforderung für Breslau.

Berlin, 31. Aug. (Wolff.) Die von der französischen Botschaft heute überreichte Note hat folgenden Wortlaut: Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. August beehre ich mich, Eurer Excellenz die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beseitigung des ersten Zwischenfalles bekanntzugeben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August zugetragen hat:

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in Stand gesetzt. 2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte, sowie für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat. 3. Alle am Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlungen wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt. 4. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberfalls möglich geworden ist, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält. 5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und des französischen Botschaftsrats wieder eröffnet. Die Klage wird gleichzeitig gehört und meist bis 7 Uhr abends. Eine Komposition Reichswehr mit Militär Ehrenbezeichnungen und dekretiert vor dem Konsulat. Das Programm des Vorgehens wird im Einverständnis mit der Botschaft festgesetzt. Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie der Verleumdung der französischen Botschaft vom 16. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Maßnahmen gegen den Hauptmann v. Arnim.

Die Regierung der Republik wünscht mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Vernehmung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten. Aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre zivilen und militärischen Vertreter in Deutschland zeigt, daß es gewisse Elemente auf Herausforderungen absehen, zu denen das regelmäßige Ausbleiben einer Bekräftigung geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlimmern wird, wenn die deutsche Regierung nicht durch deutsche Mithilfe und nachdrückliche Strafen zeigt, daß sie dem ein Ende setzen will. In diesem Sinne beehre ich mich, im Auftrag meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind, mit in der Botschaft binnen fünfzig Tagen durch den Reichskanzler ihr Verhalten anspricht und zugleich die Forderung erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderte Genugtuung in vollem Umfang gewährt werde. Im übrigen behalten sich die verschiedenen Regierungen selbstverständlich vor, die Sühne und Wiedergutmachung zu verlangen, die die Uebertriften gegen die internationalen Kontrollkommissionen und ihre Mitglieder zu erfordern scheinen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgetragenen Hochachtung. (ges.) Charles Laurent.

Gemeine Verdächtigung der Breslauer Studentenschaft.

Das Blatt der Radikalen, die „Freie Presse“, hat die Breslauer Studentenschaft beschuldigt, die Unruhen in Breslau angezettelt zu haben. Wie dazu aus Breslau gemeldet wird, sprachen gestern die Vertreter des allgemeinen Studentenvereins der Universität beim Oberpräsidenten vor. Dieser zeigte sich dem Wunsch der Studentenschaft, eine Klärung des Mißverständnisses herbeizuführen, entgegenkommend und ermächtigte die bei ihm Erschienenen, der Studentenschaft bekannt zu geben, daß die Anklage in der „Freien Presse“ auf keiner tatsächlichen Grundlage beruht, ferner, daß er persönlich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Studentenschaft nicht für die Vorkänge verantwortlich gemacht werden könne. Als dann ermächtigte er die Erschienenen, bekannt zu geben, daß seiner Ueberzeugung nach polnische Kaitatoren, darunter eine große Anzahl polnischer Studenten, an der Vorführung der Ausschreitungen schuld gewesen sei, zumal diese Organe, als man sie am nächsten Tage in Schutzhaft nehmen wollte, verschwunden gewesen seien.

Deutschland fordert von Polen Sühne.

Berlin, 1. Sept. Zu der von der Presse gemeldeten Verhaftung der deutschen Ueberleitungskommissionare in Schwab und Thorn wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß das Auswärtige Amt auf die Nachricht von der Festnahme des Ueberleitungskommissionars in Schwab bei der polnischen Regierung sofort dessen Freilassung und die Verhaftung der schuldigen Beamten verlangt hat. Die Freilassung ist umgehend erfolgt. Ueber die Verhaftung der Ueberleitungskommissionare in Thorn liegt eine ämtliche Meldung noch nicht vor. Die zur Aufklärung erforderlichen Maßnahmen sind angeleitet worden.

Die polnischen Gegenentwürfe.

Moskau, 1. Sept. Die polnischen Gegenentwürfe zu den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen besagen u. a. zu Punkt 1:

Die Sowjetregierung muß die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen. Es ist selbstverständlich, daß Polen sein innerpolitisches Leben ganz selbständig ohne Einmischung anderer Staaten organisieren kann.

Zu Punkt 2 macht Polen folgenden Vorschlag: Keiner der Staaten braucht die Kriegskosten zu ersetzen. Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die vorgeschlagene Grenze und über die Chergrenze Polens reicht. Die Kraft dieses Elements muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig hatten wir es für unsere Pflicht, dem Volke, das das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen.

Zu Punkt 3: Die Absicht, Polen die Verpflichtung einer Heeresverminderung aufzuerlegen, wird als Entwürdigung des polnischen Volkes kategorisch zurückgewiesen. Ausland folge ausgerechnet mit vollem Bewußtsein dem Beispiele der Kaiserin Peters des Großen und Katharina II., einer Politik, welche dieselben Forderungen stellte und zu dem Verbrechen der Teilung führte. Es setzt uns umso mehr in Erstaunen, weil es doch bekannt ist, daß das Sowjetregime den Militarismus auf die höchste Entwicklungsstufe brachte und nicht im geringsten die Absicht zeigt, ihre eigene Wehrmacht zu beschränken.

Zu Punkt 10: Polen behält sich das Recht vor, allein an der Grenze ein Heer von 200 000 Mann zu halten. Für Polen wird es dann erst möglich sein, an die Demobilisation zu denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht hat, was Polen als echt demokratisches Reich schon lange begehrt. Die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Heeres durch Arbeitermilizen würden einen völligen Umsturz der Grundlage der Souveränität und der Rechtseinwirkung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen können und als solche überhaupt nicht in Betracht gezogen werden können.

Entsprechend den vorhergehenden Ergebnissen kann die polnische Regierung unter keinen Umständen zu einer einseitigen Verpflichtung der Demobilisation ihre Einwilligung geben. Das einzige Richtige wäre, daß beide Seiten gleichzeitig demobilisieren, und zwar sofort nach Friedensschluß.

Der Generalstreik in Württemberg.

Die Verhandlungen der württembergischen Regierung mit den Arbeitern und Arbeitgeber der stillgelegten Betriebe hat noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Regierung weigert sich, die Polizeiwacht aus den Betrieben zurückzuführen, bevor nicht die Aufrechterhaltung der Ruhe gesichert ist; die Arbeitgeber weigern sich, mit dem Aktionsausschuß über die Frage der Wiedereinstellung der Arbeiter zu verhandeln. Die Verammlung der Betriebsräte hat gestern beschlossen, den Generalstreik in verschärfter Form fortzusetzen. In verschiedenen Plätzen ist es zu Ausschreitungen gekommen. Mehrfach verurteilten unversöhnliche Gruppen den Eisenbahnverkehr zu stören. In Stuttgart wollte man die Schließung der großen Warenhäuser erzwingen.

Gegen die Verschleppung der preussischen Wahlen.

In einer Sitzung am 26. August faßte der Vorstand des Landbundes Sachsen-Anhalt folgenden Beschluß: Seit langem entspricht die Zusammenberufung der preussischen Landesversammlung nicht mehr dem Willen der Mehrheit des Volkes. Anstatt die Forderungen aus dieser Forderung zu ziehen und möglichst schnell Neuwahlen auszuführen, werden die Arbeiten der Landesversammlung immer wieder in die Länge gezogen, während die Regierung die Zwischenzeit benutzt, um der Bevölkerung immer mehr Parteifunktionäre aufzuzwingen. Dieses Verhalten schlägt nicht nur allen demokratischen Grundbitten ins Gesicht, es bedeutet auch, wie sich erst jählich wieder bei der Entwaffnung gezeigt hat, eine unmittelbare Gefährdung von Staat und Reich, da immer weitere Kreise der ordnungsliebenden Bevölkerung sich das Berliner Parteiregiment nicht mehr gefallen lassen wollen.

Im Namen und Auftrag der treudeutschen und treupreussischen Landbevölkerung Sachsens fordern wir daher:

- 1. sofortige Ausbreitung von Neuwahlen für die preussische Landesversammlung.
- 2. Befreiung der leitenden Stellen in Staat, Provinz, Regierungsbezirk und Kreis anstatt mit Parteifunktionären und Nichtfachleuten mit sachkundigen und mit den Verhältnissen des Landes vertrauten Persönlichkeiten.

Der Wahlkreisvorstand der Deutschen Volkspartei im 3. Wahlkreis (Teltow-Beesen-Charlottenburg) hat sich in seiner gestrigen Sitzung zur sofortigen Anberaumung von Neuwahlen für Preußen ausgesprochen.

Kommunistische Rätespielerei in England.

Rotterdam, 31. Aug. Die neue kommunistische Partei in England leitete einen Bezirkskongress für Yorkshire und die Nordostküste einschließlich des Tyne ein. Eben solche Räte wurden auch für London, die Midlands und Schottland eingeleitet.

